

WINDENERGIE

Strom noch teurer

PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF

Offshore-Windpark bei Borkum

Wegen des Ausbaus der Offshore-Windenergie müssen sich die Verbraucher offenbar auf noch höhere Strompreise einstellen. Dabei geht es um jene Kosten, die für einen verspäteten Netzanschluss auf hoher See entstehen. Nach einem bisherigen Gesetzentwurf sollen die Netzbetreiber in jedem Fall mit bis zu 100 Millionen Euro haften. Die Bundesregierung

will diesen Betrag nun für viele Projekte auf 20 Millionen Euro reduzieren. Alles, was darüber hinausgeht, müssten dann die privaten Stromkunden zahlen. Union und FDP beugen sich damit dem Druck des Netzbetreibers Tennet. Dieser hatte gedroht, die bisher geplante Haftungsregelung bedeute den Tod der Offshore-Windenergie. Auf die privaten Stromkun-

den, die von Januar an ohnehin mehr als zehn Prozent höhere Tarife zahlen müssen, kommen damit weitere erhebliche Belastungen zu. Schon bislang rechnete die Bundesregierung mit einer Summe von einer Milliarde Euro für die verzögerte Windpark-Anbindung. Intern heißt es nun, der Betrag könne sich bis 2015 mehr als verdoppeln.

AUSSENPOLITIK

Lieber ohne Dialog

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat es abgelehnt, im nächsten Jahr den traditionellen deutsch-russischen Petersburger Dialog auszurichten – offenbar auch wegen der verschlechterten Menschenrechtsslage in Russland und der Lagerhaft für die Aktivistinnen von Pussy Riot. Die Stuttgarter Regierungszentrale ging nicht auf das Angebot der Veranstalter ein, die umstrittene Konferenz nach Baden-Baden zu holen. Begründet wird dies im Staatsministerium offiziell mit finanziellen Erwägungen. Aus Kreisen der Veranstalter heißt es dagegen, die Landesregierung hätte praktisch keine Kosten für das Treffen tragen müssen; aus Interesse an guten Beziehungen zu Russland wäre die Wirtschaft des Landes für das Gros der Ausgaben aufgekommen.

CDU

Schnitt durch die Kehle

Die CDU streitet über ein Verbot des Schächtens, bei dem Tieren mit einem Schnitt die Kehle durchtrennt wird, um sie ausbluten zu lassen. Ursprünglich wollten die Christdemokraten auf ihrem Bundesparteitag im Dezember einen Antrag der Jungen Union (JU) beschließen, wonach das Schächten ohne Betäubung verboten werden sollte. Auf eine entsprechende Empfehlung hatte

sich die von Generalsekretär Hermann Gröhe geleitete Antragskommission der Partei am vergangenen Mittwoch mit deutlicher Mehrheit geeinigt. Wenig später legte Gröhe allerdings JU-Chef Philipp Mißfelder nahe, den Antrag zurückzuziehen. Grund dafür war offenbar die Angst, das Schächtungsverbot könnte die Partei nach der Debatte um die Beschneidung erneut auf Konfliktkurs mit den in Deutschland lebenden Juden bringen. Das Schächten, das in Deutschland neben Juden auch Muslime praktizieren, ist bislang möglich, wenn es religiösen Zwecken dient und eine Ausnahmegenehmigung erteilt worden ist. Trotz Intervention der Unionspitze geht die parteiinterne Debatte weiter. Der baden-württembergische CDU-Chef Thomas Strobl, der den Antrag unterstützt hatte, hielt an seiner Position fest: „Das Schächten ist einfach eine fürchterliche Tierquälerei.“



Demonstration gegen Schächten

STEPHANIE PLUCK / PICTURE ALLIANCE / DPA